

Albrecht Schönherr

Chancen und Probleme christlicher Existenz in einer sozialistischen Gesellschaft¹

I.

Ich bin dankbar für diese Themenstellung. Sie enthebt mich der Aufgabe, lediglich einen Situationsbericht zu geben und mich mit vordergründigen Fragestellungen zu begnügen. Ebensovienig verlangt sie eine umfassende Darstellung aller für den Bürger oder auch nur für den christlichen Bürger in der DDR anstehenden Probleme. Ich möchte vielmehr versuchen, ein wenig von dem Hintergrund sichtbar zu machen, vor dem sich christliche Existenz innerhalb der sozialistischen Gesellschaft der DDR verwirklicht.

Dabei liegt mir daran, über die manchmal reichlich groben Raster hinwegzukommen, denen man in der Diskussion weithin begegnet. Es gibt Zeiten, in denen der Friedensdienst der Christen nicht zum wenigsten darin besteht, zu differenzierterer Sicht zu helfen. Die Themenstellung ermöglicht mir, Chancen und Probleme unter dem einzigen Gesichtspunkt zu benennen, der verantwortlichem christlichen Reden angemessen ist: Wir Christen haben den Auftrag, dort, wohin wir uns von ihm gestellt wissen, Gottes rettenden Willen anzusagen. Unter diesem Auftrag verwandeln sich Chancen und Probleme zu Wegweisungen, Versuchungen und Belastungen, die wir zu tragen haben. Christliche Existenz ist Nachfolge, ist Bewegung, ist Gehen auf einem Wege. Es ist ein Weg mit Gefahren auf beiden Seiten. Aber er gewährt auch Ausblicke nach vorn. Es gehört zur Verantwortung geistlicher Leitung, von der Gemeindeebene bis zur Gesamtkirche, Chancen und Probleme in diesem Sinne zu deuten.

Chancen und Probleme liegen dann dicht beieinander. Ich werde sie darum in meinen Darlegungen nicht säuberlich auseinanderhalten, sondern in ihrer Verschlungenheit benennen. Das

Hauptproblem und die größte Chance werden in irgendeiner Gestalt immer wiederkehren:

Das *Problem* ist, daß die sozialistische Gesellschaft der DDR unter der Führung einer Partei steht, für die Glauben an Gott falsches Bewußtsein, Mystifikation, Verdunkelung der Wirklichkeit ist. Läßt man allein die herrschende Ideologie gelten, begegnet der christliche Glaube einem durch gewisse geschichtliche Erfahrungen tief eingewurzelten Mißtrauen. Einsprüche aufgrund unserer in der Bibel gegründeten Überzeugung werden mitunter als klerikale Anmaßung, die Berufung auf das Erste Gebot als Bemäntelung einer reaktionären oder gar als von außen in unsere Gesellschaft hineingetragene, klassenfeindliche Haltung diffamiert.

Die *Chance* besteht darin, daß in der sozialistischen Gesellschaft viel Ballast weggefallen ist, daß uns viele Stützen genommen und daß viele Privilegien abgebaut wurden. Die Aufforderung unseres Herrn, allein seinem Wort zu vertrauen, uns zu ihm zu bekennen, ist unverstellter und kommt deutlicher auf den einzelnen zu als in früheren Verhältnissen. Wir Christen sind unausweichlich gefragt, warum und was wir glauben, wozu wir leben. Unser bestes Argument ist die reale Existenz von christlichen Menschen und Gemeinden, unser handelndes Bekennen und unser bekennendes Handeln.

II.

Wie sich sozialistische Gesellschaft in der DDR versteht und welche Chancen und Probleme für die Existenz des Christen und der christlichen Kirche sich daraus ergeben, möchte ich zu zeigen versuchen, indem ich von einem bei Ihnen als spektakulär empfundenen, mindestens stark beachteten Ereignis ausgehe. Es ist ein Ereignis, unter dem es zwischen der sozialistischen Gesellschaft und der Kirche (ich meine hier immer die evangelischen Kirchen, die im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengefaßt sind) zu einem wichtigen Gedankenaustausch gekommen ist und das auch in den Gemeinden stark diskutiert wird. Ich denke an die Bildung des Martin-Luther-Komitees der Deutschen Demokratischen Republik. Sie erinnern sich, daß sich ein solches Komitee zur Vorbereitung des Luther-Jubiläums 1983 am 13. Juni 1980 unter der Schirmherrschaft des Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker, und in Anwesen-

heit von Vertretern des schon 1978 gebildeten kirchlichen Luther-Komitees konstituiert hat. Inzwischen hat es seine Arbeit aufgenommen. Zur gegenseitigen Information und Abstimmung haben inzwischen bereits mehrere Beratungen von Vertretern beider Komitees stattgefunden.

Es geht mir nicht um die Fakten, sondern um die Hintergründe. (Wichtige Aussagen hierzu verdanke ich einer Studie von Christoph Demke, dem Sekretär des kirchlichen Luther-Komitees.)

Bei der Bildung des Martin-Luther-Komitees der DDR handelt es sich ebensowenig wie bei der Besinnung auf das preußische Erbe – denken Sie an die Wiederaufstellung des Reiterstandbildes Friedrichs II. Unter den Linden in Berlin! – um vordergründig propagandistische Aktionen. Man geht m.E. auch fehl, wenn man als Motiv lediglich die Suche nach Identifikationsfiguren, ein Legitimationsbedürfnis gegenüber dem Ausland und eine Demonstration von Harmonie vermutet. Es ist nicht nur für Christen, sondern – ich denke – auch in der Politik und besonders in der Politik zwischen den beiden deutschen Staaten wichtig, daß man den Partner, mindestens bis zum Erweis des Gegenteils, so ernst nimmt, wie er selber es tut.

Es geht vielmehr um Aufarbeitung des kulturellen Erbes, eine Aufgabe, der man sich besonders nach dem VIII. Parteitag der SED 1971 gestellt hat. Im Parteiprogramm der SED von 1976 ist zu lesen: «Die sozialistische Kultur der DDR ist dem reichen Erbe verpflichtet, das in der gesamten Geschichte des deutschen Volkes geschaffen wurde. Alles Große und Edle, Humanistische und Revolutionäre wird in der DDR bewahrt und weitergeführt, indem es zu den Aufgaben der Gegenwart in lebendige Beziehung gesetzt wird.» Der entsprechende Satz in der Verfassung der DDR steht in Artikel 18: «Die sozialistische Gesellschaft fördert das kulturvolle Leben der Werktätigen, pflegt alle humanistischen Werte des nationalen Kulturerbes und der Weltkultur und entwickelt die sozialistische Nationalkultur als Sache des ganzen Volkes.» Das Erbe wird – das ist aus den Zitaten bereits herauszuhören – kritisch aufgearbeitet, es wird in Beziehung gesetzt zu den heute gültigen Wertmaßstäben, aber auch zu den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingtheiten, wie sie die marxistische Geschichtstheorie definiert.

Diese doppelte Bewertung erhält ihre besondere Relevanz im Blick auf das Erbe, das aus dem

christlichen Glauben heraus entstanden ist. Sie gibt die Möglichkeit, christliche Kunstwerke und auch Persönlichkeiten wie die Martin Luthers nicht nur aus allgemeinen humanistischen Ursprüngen zu verstehen. Ein Weihnachtsbild des Mittelalters wäre nicht nur als Ausdruck für Mutterliebe überhaupt, sondern auch in seiner christlichen Motivation zu würdigen. Es ergibt sich eine Gesprächsbasis, es ergeben sich aber auch Ansätze zu sachgemäßer Zusammenarbeit, z. B. auf dem Gebiet der Denkmalspflege und – ganz aktuell – der Gestaltung des Luther-Jahres.

Vom «Erbe» wird die «Tradition» unterschieden. Unter dem Begriff der Tradition sind bereits bestimmte Beziehungen zum Kulturerbe hergestellt. Diese sind nach marxistischer Überzeugung weltanschaulich bestimmt und von dem Interesse konkreter Klassen und Schichten fixiert. In der Bewertung der christlichen Tradition werden zwei Traditionsstränge unterschieden:

Ein «fortschrittlicher» Traditionsstrang, in der Reformationszeit repräsentiert vor allem durch Thomas Müntzer, aber auch durch Martin Luther, von dem die wichtigsten Impulse zur Entklerikalisierung der Gesellschaft ausgegangen sind, in unseren Tagen durch die Christen im Widerstand zur Zeit des «Dritten Reiches», in den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und im Kampf gegen die Diktaturen in Lateinamerika. Wir lesen auch in den Parteiorganen häufig davon. Für den negativen Traditionsstrang gibt es die bekannten Belege bei Martin Luther selbst, seine Ausführungen zum Bauernkrieg. Dazu gehören natürlich die «Reaktion» in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und die christlich begründete Gegnerschaft gegen den Sozialismus, endlich der Rassismus und Antikommunismus unserer Tage. Wer wollte leugnen, daß solche Gegensätze auch uns bedrängen und anfechten.

Für die marxistische Geschichtsschreibung ist der Begriff der «Vermittlung» besonders wichtig. Das Erbe ist nur durch die Vermittlung einer von Klasseninteressen bestimmten Tradition zu haben, wenn nicht die geschichtlichen Leistungen ihre Vermittlung selbst bewirken. Wir christlichen Theologen streben in unserer Art zu denken danach, dem geschichtlichen Geschehen selbst zu begegnen und es auf uns wirken zu lassen. Wir möchten an die Quelle kommen, um aus ihrem reinen Wasser zu trinken. Wir werden aber auch in unserer theologischen Arbeit mehr

und mehr darauf gestoßen, wie sehr uns die Vermittlung tatsächlich bestimmt.

Auch der streng an der Bibel orientierte Prediger liest seinen Text mit den Augen eines Menschen, an dem die Wirkungsgeschichte dieses Textes nicht spurlos vorübergegangen ist; auch die Gemeinde hört anders als die, an die sich der biblische Text wendet. Auf jeder Kanzel predigt die Kirche mit ihrer örtlichen und allgemeinen Kirchengeschichte mit.

Dennoch sind wir Christen überzeugt, daß es gegenüber diesen zutage liegenden Tatsachen eine «Vermittlung» gibt, die in dem Handeln Gottes selbst begründet ist und in der er durch seinen Geist unsere Interessen, seien sie klassengebunden, seien sie persönlicher oder familiärer Art, überrundet.

Mir lag daran, zu zeigen, daß in der marxistischen Theorie von Erbe, Tradition und Vermittlung eine echte Herausforderung zu kritisch unterscheidender, theologischer Arbeit an der Art bedeutet, wie wir Christen mit dem uns anvertrauten Erbe umgehen.

Mit der stärkeren Besinnung auf das Erbe verändert sich die Bewertung geschichtlicher Persönlichkeiten. Noch einmal: Wer die Vorbereitung der Luther-Ehrung 1983 und die Wiederaufstellung des Reiterdenkmals Friedrichs II. als lediglich propagandistische Schachzüge verstehen möchte, dürfte die eigentliche Absicht verkennen. Eine Reise nach Moskau, Leningrad oder Warschau belehrt ihn eines besseren. Vielmehr werden kampfbedingte Einseitigkeiten abgebaut. Frühere Wertungen werden nicht zurückgenommen, sondern differenziert. Dazu sagte Kurt Hager, der im Politbüro der SED in besonderer Weise für die marxistische Ideologie zuständig ist, kürzlich, es entspreche dem sozialistischen Weltbild, die Geschichte in ihrem objektiven, tatsächlichen Verlauf in ihrer gesamten Dialektik zu erfassen. Dazu gehöre die Sicht auf Größe und Grenzen hervorragender geschichtlicher Persönlichkeiten. Das schließe auch die Beschäftigung mit widerspruchsvollen Erscheinungen des historischen und kulturellen Erbes ein, darunter mit solchen, durch die – wie in der Geschichte Preußens – der Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion mitten hindurch geht und in denen sich mitunter auch progressive und reaktionäre Züge mischen und verflechten (ND v. 18.11.80).

Eine Ehrung Luthers wäre im höchsten Maße verdächtig, wenn sie darauf hinauskäme, sein

Denkmal zu vergolden oder gar aus ihm einen frühen Sozialisten zu machen. Gerade die Tatsache, daß die Motivation Luthers durch eine zentral christliche Stellungnahme von Landesbischof Leich während der Gründungsfeierlichkeit des Martin-Luther-Komitees der DDR deutlich gemacht wurde, läßt fruchtbare Zusammenarbeit erhoffen, ohne die Eigenständigkeit des christlich-reformatorischen Erbes in Frage zu stellen.

In diesem Zusammenhang ist besonders auf den Beitrag von Prof. Horst Bartel, dem wohl wichtigsten Historiker an der Akademie der Wissenschaften der DDR, bei der gleichen Gelegenheit hinzuweisen. Ich gebe eine Passage wieder, die für die Differenzierung besonders aussagekräftig ist: «Insbesondere müssen wir die Wirkungsperiode Martin Luthers vom Ende des Bauernkrieges bis zu seinem Todesjahr 1546 intensiver untersuchen, eine Aufgabe, die bislang eine Lücke der Lutherforschung darstellt. In revolutionstheoretischer Hinsicht bedeutet dies, daß wir hier auch einen Beitrag zu der Problematik leisten müssen, wie historischer Fortschritt auch nach niedergeschlagenen bzw. steckengebliebenen und nicht bis zu Ende geführten Revolutionen durchgesetzt werden kann. Ein weiteres Problem von großer Wichtigkeit ist die Aufgabe, den Zusammenhang von Theologie und der Ideologie verschiedener gesellschaftlicher Klassen, Schichten und Gruppen in empirischer Forschung und theoretischer Verallgemeinerung zu erfassen, wobei es gilt, sowohl das Eigenleben und die Selbständigkeit der Theologie als auch deren Einbindung in die Traditionen und in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Zeit zu verdeutlichen» (Martin Luther und unsere Zeit, Konstituierung des Martin-Luther-Komitees der DDR. Aufbau-Verlag 1980, S. 37).

Wir finden in diesem Zitat eine wichtige und überraschende Beurteilung der Theologie: Sie sei sowohl eigenständig und selbständig als auch eingebunden in Traditionen und gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Hier zeigt sich also auch ein differenzierteres Verständnis der Theologie und damit der Religion überhaupt. Geschichte ist für den Marxisten nach wie vor Geschichte von Klassenkämpfen. Aber nicht alles geschichtlich Wirksame ist aus Klassenauseinandersetzungen abzuleiten. Es müssen auch relativ selbständige Faktoren beachtet werden. Dazu gehört neben der Sprache und psychischen Phänomenen auch die Religion. Die Religionskritik wird auch von der zeitgenössischen marxistischen Reli-

gionsphilosophie nicht zurückgenommen. Aber die Religion wird nicht nur auf das soziale Elend, sondern auch auf eine Reihe von persönlichen Erfahrungen (Ohnmachtserfahrungen gegenüber der Natur und dem eigenen Schicksal wie Leid, Krankheit und Tod, Bedürfnis nach Geborgenheit, nach Zuwendung und Gerechtigkeit) zurückgeführt. Der Atheismus hat in der Kampf- und Aufbauperiode einen anderen Stellenwert als in der ruhigeren Periode des sogenannten «entwickelten Sozialismus»; aus dem graphischen Schwarzweiß wird ein farbigeres, abgetöntes Bild. Die Fragestellung scheint nicht mehr zu sein: Welche menschlichen Irrtümer, sondern: Welche menschlichen Bedürfnisse führen die Menschen zur Religion?

Daß die Fragestellung sich unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen verändert, ist nicht unwichtig. Allzu primitive, aber das Kind in einem bestimmten Alter intellektuell dennoch überfordernde Angriffe («Zeig uns doch mal deinen Gott!») werden sich, so hoffen wir, mit der Zeit von selbst verbieten. Die marxistischen Religionsphilosophen meinen, daß menschliche Bedürfnisse, die die Religion z. Z. noch abdeckt, auf lange Zeit hin noch nicht auf andere Weise befriedigt werden können. Mit einem Absterben der Religion sei also nicht so bald zu rechnen.

Solche Überzeugungen dürfen uns Christen aber nicht dazu verführen, unseren Auftrag von menschlichen Bedürfnissen abzuleiten. Das Evangelium vermittelt Erfüllungen wichtigerer, umfassenderer und anderer Art, als menschliche Bedürfnisse sie ersehnen. Es knüpft zwar an menschliche Bedürfnisse an – die biblischen Bilder der Erfüllung «Leben», «Weg», «Wahrheit», «Brot», «Wasser» kommen aus dem Raum unserer täglichen Bedürfnisse – aber das Evangelium führt darüber hinaus.

Wesentliche Gründe für die Abkehr vieler Menschen von religiösen Bindungen sind zweifellos, daß elementare Bedrohungen des Menschen abgebaut werden konnten, und zwar durch die von ihm selbst geschaffenen technischen und gesellschaftlichen Hilfsmittel, vom Blitzableiter bis zur Sozialversicherung. Das ist in allen hochzivilisierten Ländern der nördlichen Hemisphäre so. In der sozialistischen Gesellschaft ist dies darum so besonders deutlich, weil hier die christliche Religion nicht mehr die Rolle der privilegierten gesellschaftstragenden Ideologie spielt und damit viel von ihrer Attraktivität

verliert. Das gibt die Chance, deutlicher und überzeugender herausarbeiten zu können, was denn nun wirklich mit dem christlichen Glauben gemeint ist. Diese Chance unseren Gemeinden und ihren Pastoren deutlich zu machen und sie damit von dem ängstlichen Schielen auf Konkurrenz in der Erfüllung menschlicher Bedürfnisse zu befreien, ist bei uns eine besonders wichtige geistliche Aufgabe.

III.

Ich hoffe, mit diesen Ausführungen – obwohl sie ein wenig abstrakt erscheinen mögen – einem verbreiteten Mißverständnis entgegenwirken zu können. Mit Gestalten wie Luther und Friedrich II. umzugehen, sich überhaupt mit dem kulturellen Erbe im weiteren Sinne zu befassen, muß nicht Zeichen von Schwäche oder ideologischer Ratlosigkeit sein. Daß man mit dem Erbe gelassener und souveräner umgehen kann, könnte auch darauf hindeuten, daß man die Machtfrage als gelöst ansieht. Wir Christen und die Kirchen erheben keinen Anspruch auf selbstgemachte und selbstgewollte Macht. Wir erheben auch nicht den Anspruch auf moralische Überlegenheit, der aus dem sogenannten «Wächteramt» der Kirche herausgehört werden kann. Wir können uns aber nicht dispensieren oder dispensieren lassen von dem prophetischen Dienst am Ganzen, wenn es um das Leben der Menschen, ihre Würde, um das Überleben der Welt in Friede und Gerechtigkeit geht. Weil wir *den* kennen, der allein mächtig ist, können auch wir zuversichtlich und gelassen unseren Weg in der sozialistischen Gesellschaft der DDR gehen.

Wir werden z. B. nicht müde werden, vom Frieden so zu sprechen und für den Frieden so einzutreten, wie uns das Neue Testament anleitet. Wir sagten auf der letzten Bundessynode, «daß die Arbeit für den Frieden von den Kirchen nicht mehr als eine gelegentliche Aufgabe, sondern als eine der wichtigsten Herausforderungen an ihr Zeugnis und ihren Dienst verstanden und praktiziert werden muß». Wir freuen uns, wenn unser Eintreten für Frieden und Entspannung auch von Politikern der DDR anerkannt wird. Ich denke etwa an die «Erklärung zur weltpolitischen Situation», die wir zu Beginn des vorigen Jahres in die ökumenische Debatte eingebracht haben.

Wenn wir das Friedensangebot und -aufgebot unseres Herrn zum Maßstab unseres Handelns machen, wird dies notwendig unverwechselbar,

differenziert und eigenständig bleiben. Es handelt sich, weiß Gott, nicht nur um Probleme innerhalb der sozialistischen Gesellschaft. Wir werden nicht ablassen, auch jetzt noch geduldig für das Risiko des Vertrauens zu werben; wir werden nicht ablassen, konsequent gegen den Automatismus der Feinbilder anzugehen; wir werden nicht ablassen, davor zu warnen, die riesigen Potenzen an Intelligenz, Geld, Rohstoffen und Energie dem Wahnsinn der Aufrüstung und damit Millionen von hungernden Menschen dem leisen Sterben zu opfern. Wir werden nicht ablassen, unsere Kinder zu lehren, Konflikte friedlich zu lösen und den Krieg zu hassen, gerade wenn er einigen Strategen wieder als machbar erscheint. Eine Haltung, die die grenzüberschreitende Liebe Christi ernstnimmt und konkret vertreten möchte, gerät, so scheint es, notwendig in den Verdacht, der jeweils anderen Seite zuzuarbeiten. Wir müssen das tragen. Wir geben uns allerdings Mühe, nicht lediglich als Besserwisser mit erhobenem Zeigefinger angesehen zu werden. Wir beziehen das Friedensangebot Christi zuerst auf uns Christen selbst. Wir versuchen, deutlich zu machen, daß der Frieden in den Gemeinden, innerhalb der Kirchen und zwischen den Konfessionen anfangen muß, wenn wir die anderen glaubwürdig zum Frieden mahnen wollen.

Wir haben auf der Synodaltagung in Eisenach 1971 gesagt: «Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern wir wollen Kirche im Sozialismus sein.» Wir haben uns damit gegen eine Kirche in der Gettoexistenz gewandt, die nur überleben will. Wir haben es abgelehnt, Sammelbecken der Opposition und Antigesellschaft zu sein. Kirche im Sozialismus bedeutet zuerst, scheinbar banal, Anwesenheit dort, wo ihre Glieder leben und arbeiten. Wer sich in unseren Verhältnissen genau auskennt, weiß, daß es keineswegs eine Banalität ist.

Kirche im Sozialismus heißt darum auch, an den Problemen und Errungenschaften der Gesellschaft, in der wir leben, mittragend teilzunehmen, «konkret unterscheidend mitzuarbeiten» (W. Krusche). Kirche mit Sozialismus heißt demgemäß auch, eigenständig und eigenprofiliert zu bleiben, entsprechend ihrem Auftrag, der von Gott kommt. Darum kann Kirche im Sozialismus nicht sozialistische Kirche werden, wenn es auch in ihr, wie in vielen Kirchen des Ostens und Westens, Sozialisten gibt. Ich wiederhole, was ich den Kritikern dieser Formel «Kirche im

Sozialismus», die vermuten, daß wir damit bereits in eine uns erstickende Umarmung eingewilligt haben, nicht müde werde zu sagen:

Zweierlei muß ausgeschlossen bleiben: «Die Gefahr der totalen Anpassung und die Gefahr der totalen Verweigerung. Die Gefahr der Anpassung ist darum so groß, weil die Macht gerade eine machtlos gewordene Kirche verlocken könnte, die Freiheit und die Fülle ihrer Verkündigung für das Linsengericht einer größeren Überlebenschance preiszugeben. Die Gefahr der Verweigerung beruht auf der falschen Überzeugung, daß ein im Kern atheisches und totalitäres Regime überall und immer nur Falsches hervorbringen könne» (aus einem Synodalvortrag 1979).

Die Bildung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR im Jahre 1969 gehört insofern hierher, als damit ganz deutlich wird, daß die Kirchen in der DDR ihr Zeugnis und ihren Dienst selbst verantworten müssen und wollen. Das schließt eine gute – und das heißt: eine gegenseitig kritische – Partnerschaft zu den Kirchen der EKd nicht aus, sondern ein. Wir sind für die finanzielle Hilfe, die wir von unseren Schwesterkirchen erhalten, sehr dankbar. Sie geben die Möglichkeit, mit manchen Problemen wenigstens vorläufig fertigzuwerden, die uns aus dem umfangreichen volkskirchlichen Erbe überkommen sind. Ich darf betonen, daß ich niemals auch nur den geringsten Versuch bemerkt habe, durch solche finanziellen Hilfen auf unsere Entscheidungen Einfluß zu nehmen. Die Gefahren liegen an anderer Stelle: Es könnte sich eine Spender-Empfänger-Mentalität einstellen oder verstärken, die niemand wollen kann. Die Teilnehmer an der Weltmissionskonferenz in Melbourne haben die Gemeinden darüber hinaus darauf hingewiesen, daß andere Kirchen in der Welt wesentlich hilfsbedürftiger sind als die in der DDR. Die Leitung des Kirchenbundes hat von dieser Verlautbarung übrigens lediglich Kenntnis genommen, ohne sie ausdrücklich zu billigen. Sie ist sich dessen bewußt, daß es noch eines längeren geistlichen Umdenkens bedarf, bis jeder einzelne Christ bei uns bereit ist, die volle, also auch die finanzielle Mitverantwortung für seine Kirche zu übernehmen.

In der DDR ist die Kirche keine «gesellschaftliche Organisation» im spezifischen Sinne. Sie ist eigenständig und steht nicht, wie Parteien und gesellschaftliche Organisationen, als solche unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse. Der

Staat hat z. B. bei der Besetzung kirchlicher Ämter, vom Pfarrer bis zum Bischof, keinerlei Mitspracherecht.

Natürlich hat diese Freiheit auch ihren Preis. Die Kirche hat als solche und auch die meisten ihrer Amtsträger haben kaum unmittelbare Beziehungen zur Arbeitswelt. Die Gefahr droht, ins Abseits zu geraten: Die Predigten werden unkonkret oder beziehen ihre Konkretion lediglich aus zweiter Hand; in den kirchlichen Unterricht kommen die Kinder wie in eine fremde Welt, in der sie sich erst langsam zurechtfinden müssen; kirchliche Verantwortung zu übernehmen gilt als nicht zeitgemäß und ein wenig verschoben. Andererseits bieten die Gemeinden und ihre Kreise – besonders für die Jugend – das Angebot freier Aussprache und untendenziöser Gemeinschaft.

Der Pfarrer, nach wie vor der Exponent der Kirche am Ort, genießt viel Vertrauen und – wenn er kommunikativ ist – besonders in übersichtlichen, dörflichen Gemeinden großes Ansehen. Das zeigt sich weniger in einem regelmäßigen, starken Kirchenbesuch, als bei besonderen Gelegenheiten und Festen.

Das Verhältnis von Kirche und Staat ist in dem bekannten Empfang des Vorstandes der Evangelischen Kirchen durch den Vorsitzenden des Staatsrates am 6. März 1978 vor aller Welt verdeutlicht worden. Vorausgegangen waren nicht nur Äußerungen aus früherer Zeit, die in diese Richtung weisen, nicht nur kirchenpolitische, sondern auch ideologisch wichtige Entscheidungen wie die, daß in den sozialistischen Neustädten nunmehr Kirchen gebaut werden sollten. Der 6. März 1978 brachte einige wichtige grundsätzliche Aussagen des Staatsratsvorsitzenden: Die Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger und die Zusage, daß die Kirche als solche an der Gestaltung der Zukunft zu beteiligen sei. Diese Grundaussagen wurden bekanntlich von einer Reihe von praktischen Zusagen begleitet, die inzwischen erfüllt sind. Das wichtigste Ergebnis des 6. März dürfte der Beitrag eines nach wie vor ideologisch bestimmten Staates zum Problem der Toleranz sein, der damit geleistet wurde. Er dürfte nicht nur den evangelischen Landeskirchen zugute kommen.

Eine besonders wichtige Maxime wurde aus unserem Beitrag in die staatliche Verlautbarung über den 6. März aufgenommen: daß das Verhältnis von Staat und Kirche so gut sei, wie es sich dem einzelnen Christen vor Ort darstelle.

Was erlebt der einzelne Christ vor Ort? Er erlebt eine kleingewordene Kirche. Ich habe bereits angedeutet, daß uns diese Minorisierung keine unmittelbare Folge atheistischer Propaganda zu sein scheint; sie ist auf den Schwund an Kirchlichkeit zurückzuführen, den wir in fast allen Industriestaaten der nördlichen Hemisphäre erleben.

Die Minorisierung ist nicht nur eine Frage der Quantität, an irgendeiner Stelle erleben die Gemeinden einen qualitativen Sprung in die Minderheitskirche. Das bedeutet: Jeder einzelne Christ wird zum Zeugen des Evangeliums, er vertritt, ob er sich dessen bewußt ist oder nicht, die ganze Kirche. Für die Mehrzahl der Menschen bei uns ist nicht mehr der Pfarrer, den man früher im Zusammenhang mit Amtshandlungen aufsuchen mußte, sondern der Christ, der ihnen in Beruf, Nachbarschaft oder Familie zufällig begegnet, die einzige Gelegenheit, mit dem Evangelium in Berührung zu kommen. Der einzelne Christ muß also gerüstet und willig sein, seinen Glauben zu bekennen.

Es hat sich immer wieder bestätigt, daß es nicht nur geistlich geboten, sondern auch taktisch klug ist, Flagge zu zeigen, d. h. deutlich zu machen, mit wem der Partner es zu tun hat.

Der Pfarrer wird zum Missionar. Er erinnert nicht nur an das, was alle schon wissen, er befestigt nicht nur das, was alle schon glauben oder anerkennen, er vermittelt nicht nur Handlungen, die allgemein begehrt sind und von allen als notwendig empfunden werden. Er muß sich weithin auf Neuland zurechtfinden. Er hat große Chancen, Neues zu gestalten, er steht aber auch in der Gefahr, selbst verwirrt zu werden und Verwirrung zu stiften; die Pfarrerschaft ebenso wie die Gemeinden bieten ein buntes Bild.

An die Fähigkeit, die Geister zu unterscheiden, werden große Anforderungen gestellt. Ist diese Fähigkeit nur schwach entwickelt, sind die kommunikativ Begabten in der Gefahr, Gemeinschaft, die sich um sie herum bildet, schon als das Ziel missionarischer Bemühung anzusehen – zumal sie einem ausgesprochenen Bedürfnis entgegenkommt. Fehlt ihnen diese Begabung, verfallen sie nur allzuleicht einer Resignation, die die Gründe ihrer Mißerfolge lediglich bei sich selber sucht oder auf andere projiziert.

Oder es kommt bei solchen, die von einer starken missionarischen Leidenschaft getrieben werden, zu gewaltsamen, demonstrativen Akten. Ich denke an die Selbstverbrennung von

Pastor Brüsewitz im Jahre 1976. In solchen Zeiten ist es besonders nötig, daß Kirchenleitung und Pfarrerschaft miteinander und mit ihren Gemeinden in enger Fühlung bleiben. Überall, wo es Leitungsstrukturen gibt, entsteht eine Spannung zwischen «denen da oben» und der Basis. In einer Situation wie der unseren wird diese Spannung noch wesentlich verschärft. Da ist es geradezu lebensnotwendig, daß eine gegenseitige Vertrauensbasis erhalten bleibt. Angesichts der komplizierten Informationssituation haben sich häufige Besuche der Kirchenleitung in den Gemeinden besonders bewährt – ganz nach dem Vorbild des Neuen Testaments.

Eine klein gewordene Gemeinde steht allenthalben auf Erden in der Gefahr, sich einzuigeln und ihre Identität mit Klauen und Zähnen zu verteidigen. Wir werden, zur Minderheit geworden, deutlicher und darum zentraler reden müssen als Kirchen in der Mehrheitssituation. Aber gerade die zentralen Aussagen gelten einem Gott, der nicht um der Kirche, sondern um aller Menschen willen seinen Sohn dahingegeben hat, einem Gott, der offen ist für den Menschen in seiner Not und eine für den Menschen offene Gemeinde als Werkzeug gebrauchen will. Gerade wenn die Gemeinde sich auf das biblisch Zentrale besinnt und danach tut, hat sie erfahrungsgemäß auch Öffentlichkeit, selbst wenn sie in der Regel keine großen Zahlen aufzuweisen hat. Öffentlichkeit ist nicht eine Sache der Phorstärke. Öffentlichkeit hat, wer für andere eintritt.

Noch einmal: Was erlebt der einzelne Christ vor Ort? Er erlebt das konkrete Leben in einer sozialistischen Gesellschaft. Das konkrete Leben ist auch dort vielfältig, wie es überall da sein muß, wo wir mit Menschen zu tun haben. Neben den programmatischen Aussagen vom 6. März 1978 und den ernstgemeinten Versuchen, sie zu verwirklichen, erlebt der Christ Mitbürger, die nicht willens oder in der Lage sind, differenziert zu denken. Es gibt auf der Gemeindeebene zu den meisten Beispielen immer auch Gegenbeispiele. Für manchen Genossen, aber auch für manchen Christen ist die Klassenkampfsituation immer noch gegeben, die mit den Verlautbarungen des 6. März eigentlich überwunden sein sollte. Neben guten und fruchtbaren Gesprächen zwischen den Vertretern von Staat und Kirche auf allen Ebenen gibt es Ablehnung von Gesprächen; kritische Mitarbeit wird erbeten und angenommen, kritische Worte können aber auch in

den Verdacht kommen, mit dem «Klassenfeind» gemeinsame Sache machen zu wollen. Viele christliche Kinder, auch Kinder kirchlicher Mitarbeiter, erhalten den Zugang zur Erweiterten Oberschule und zur Hochschule, aber aus den Elternvertretungen der Schulklassen, den sogenannten Elternaktiven, sind die christlichen Eltern weithin entfernt worden. Zu dem Problem der Jugendweihe, das nach wie vor beunruhigt, kommt die Diskussion um die «kommunistische Erziehung». Wir haben die Fragen gestellt:

«Was bedeutet der Begriff der kommunistischen Erziehung, wie er mit der neuen Schulordnung vom 29. November 1979 vorgelegt ist, für die mit dem 6. März 1978 bestätigte Grundnorm der Gleichberechtigung und Gleichachtung? Wie können das Erziehungsziel der kommunistischen Erziehung und die zugesicherte Gleichberechtigung und Gleichachtung so miteinander ausbalanciert werden,

- daß die Glaubensbindung von Kindern, Jugendlichen und Eltern durch die am schulischen Erziehungs- und Bildungsprozeß Beteiligten einfühlend beachtet wird;
- daß Gewissensbedrängungen bei der Vermittlung der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus im konkreten Vollzug der schulischen Erziehung und Bildung unterlassen werden;
- daß Verhaltensweisen und Entscheidungen, die im christlichen Glauben begründet sind, respektiert werden.»

Das Gespräch über das Problem der kommunistischen Erziehung hat begonnen. Wir hoffen, daß es fruchtbar verläuft. Es ist verständlich, daß die ideologische Stoßkraft sich besonders auf den Bildungssektor konzentriert und darum hier die meisten Spannungen spürbar werden.

Es ist hier vielleicht der Ort, auf die neueste Entwicklung im Verhältnis von Kirche und Staat einzugehen. Erfreulicherweise hatte sich die seit der Jahreswende 1979/80 abzeichnende Zuspitzung der Weltlage auf das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander vorerst nicht voll ausgewirkt. Der Staatssekretär für Kirchenfragen hatte den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Lohse, und mich am 17. März 1980 gemeinsam empfangen. Damit unterstrich er die Selbständigkeit der Kirche in der DDR mit aller Deutlichkeit. Die Tatsache des Empfanges zeigte aber auch, daß verstanden worden war, worum es ging: Wir wollen nicht lediglich Traditionen pflegen, sondern im Interesse des Weltfriedens

an der Grenze zwischen den zwei großen Machtblöcken alles uns Mögliche für Frieden, Abrüstung und Entspannung tun.

Wir sind der Überzeugung, daß gerade die beiden deutschen Staaten angesichts der Vergangenheit hier eine besondere Verantwortung haben. Die Ereignisse in Polen und ihre Behandlung in der Presse der Bundesrepublik waren dann anscheinend der Tropfen, der das Gefäß zum Überlaufen brachte. Die gespannte Weltlage, die sich in dem NATO-Beschluß vom Dezember 1979 und der Nichtratifizierung von SALT II äußerte, der Olympiaboykott, die Art, wie die Absage der Reise des Bundeskanzlers in die DDR kommentiert wurde, haben eine Einschätzung der Lage erzeugt, wie sie sich in der bekannten Geraer Rede des Staatsratsvorsitzenden niederschlug. In die komplizierter gewordene Weltsituation paßte nicht mehr, was vorher hingenommen werden konnte. Es wurde uns deutlich gemacht, daß das Mitspracherecht der Kirchen an Grenzen gestoßen war, die – wenigstens zur Zeit – nicht überschritten werden durften.

Daß damit der Zustand völliger Vereisung eingetreten sei, daß also der 6. März tot sei, wie es hier und da behauptet wurde, ist nicht zutreffend. Der 6. März wird nicht nur «beschworen», sondern praktiziert. Seine Tragfähigkeit mußte sich erweisen und erweist sich gerade in gespannten Situationen darin, daß die Chance, diese Situationen aufzuarbeiten, erhalten bleibt und genutzt wird. Die Gespräche finden weiterhin statt und führen weiterhin zu Ergebnissen. Auch die Begegnungen zwischen Christen und Kirchen der Bundesrepublik und der DDR werden fortgesetzt, und zwar auf allen Ebenen. Wir hoffen, daß unsere Vertreter die nächste EKID-Synode wieder besuchen werden.

Wir Christen hören aus dem Munde unserer staatlichen Gesprächspartner in diesen Wochen häufig, daß es zu dem Weg des 6. März 1978 keine Alternative geben könne. Wir freuen uns über solche Zusagen und schlagen sie nicht in den Wind. Mit dem «ruhigen und stillen Leben», um das wir nach 1. Timotheus 2, V. 2 beten sollen, ist nicht eine Idylle im Biedermeierstil gemeint. Ein solches Gebet wäre der Gemeinde des Gekreuzigten nicht angemessen. Aber es geht ja weiter: Gott will, «daß allen Menschen geholfen wird und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen». Wenn wir Christen danach handeln, wird überall in der Welt, in der sozialistischen Gesellschaft

der DDR, aber auch unter anderen Verhältnissen, die Stunde nicht ausbleiben, in der wir Farbe bekennen müssen: Daß diese Welt Gott gehört und uns lediglich anvertraut ist und daß wir dafür verantwortlich sind, daß sie für ihn aufbewahrt wird und nicht in Blut, Schmutz und Elend verkommt.

In der Umwelt, in der wir leben, haben wir die Chance, daß unser Wort sehr bald und unüberhörbar deutlich zum Bekenntnis zu Jesus Christus wird und nicht so leicht durch Gummiwände der Verharmlosung und der Vereinnahmung für eigene Interessen gedämpft wird. In der Umwelt, in der wir leben, haben die christlichen Familien eine unvergleichlich große Chance, den Kindern Schutz und Vorbild zu bieten. In der Umwelt, in der wir leben, ist die Freiheit nicht so sehr ein politisches Postulat, aus dem wir lediglich Rechte ableiten. Freiheit ist verantwortlich gelebte Freiheit, weil Gott uns frei macht zum Dienst an seinen Geschöpfen. Treue, Geduld, Bereitschaft zum Tragen und ein wenig Gelassenheit, die die eigenen Grenzen und die der anderen lächelnd zur Kenntnis nimmt, sind gute Begleiter dieser Freiheit. Dann kann man auch die harten Brocken verkraften, an die wir, besonders unsere jungen Christen, immer wieder einmal stoßen. Ich wünsche uns Christen in der DDR, daß wir darin noch einiges dazulernen möchten.

Ich finde diese Freiheit in dem hilfreichen Wort Dietrich Bonhoeffers wieder, das er im Mai 1944 seinem Neffen zu dessen Tauftag geschrieben hat: «Auf unsere Privilegien werden wir gelassen und in der Erkenntnis einer geschichtlichen Gerechtigkeit verzichten können. Es mögen Ereignisse und Verhältnisse eintreten, die über unsere Wünsche und Rechte hinweggehen. Dann werden wir uns nicht in verbittertem und unfruchtbarem Stolz, sondern in bewußter Beugung unter ein göttliches Gericht und in weitherziger und selbstloser Teilnahme am Ganzen und an den Leiden unserer Mitmenschen als lebensstark erweisen» (Widerstand und Ergebung, 1. Aufl. S. 205).

¹ Wortlaut eines Vortrages, den Bischof Schönherr am 27. Januar 1981 in der Evangelischen Akademie Tutzing/Bundesrepublik Deutschland gehalten hat.